



**Jugendparlament**

**Tagesordnung Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 21. August 2019**

Vorlagen-Nr. 19-J-42-0034

**Verkehrswende einleiten - Autoverkehr reduzieren  
- Antrag der Projektgruppe Klimanotstand vom 21.08.2019 -**

Auch wenn sich eine Zahl nur schwer beziffern lässt, gehen Forscher davon aus, dass bis zu 40 % (an Adventssonntagen auch mal 90%) des innerstädtischen Verkehrs Parkplatzsuche ausmachen und damit auch den Anteil des Verkehrs an den Gesamtemissionen massiv steigern. In Anbetracht der Tatsache, dass wir uns in einer Krisensituation befinden, müssen wir unsere Lebensweisen grundsätzlich auf den Prüfstand stellen, ihre Notwendigkeit hinterfragen und sie im Klimakontext neu bewerten. Vor diesem Hintergrund scheinen die 40% der Emissionen durch Parkplatzsuche gegenüber dem Klima und damit gegenüber den zukünftigen Generationen nicht verantwortbar. Es ist schlicht nicht notwendig für einen Großteil der Bevölkerung mit dem Auto in die Stadt zu fahren, es gibt nicht nur ein extrem ausgeprägtes Busnetz, auch die Fahrradverbindungen verbessern sich und sind spätestens seit der Einführung des ESWE-Verleihsystems meinRad für jeden zugänglich. Daher müssen die Reize reduziert werden mittels MIV die Stadt zu erreichen. Die dabei entstehenden Potentiale können gleichzeitig genutzt werden, um neue Anreize zu setzen und so Fahrradwege auszubauen oder Neubepflanzungen vorzunehmen. Dies bedeutet weder, dass der Autoverkehr in der Stadt zum Erliegen kommt, noch raubt es den innerstädtischen Geschäften Kundenpotentiale, es handelt sich lediglich um eine Optimierungsmaßnahme des Verkehrs, die neben einer ökologischen Komponente auch eine gesundheitsfördernde (Radverkehr) und gesellschaftsfördernde (ÖPNV) Dimension umfasst. Die Zeit ist reif, strukturelle Probleme anzupacken und aus dem Weg zu räumen.

Das Jugendparlament möge beschließen:

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass

1. im Verkehrsraum, der abgegrenzt wird von Wilhelmstraße, Friedrich-Ebert-Straße, Kaiser-Friedrich-Ring, Bismarckring, Drudenstraße, Emser Straße, Coulinstraße, Saalgasse und Taunusstraße einschließlich dieser Straßen Parkräume massiv reduziert werden, sodass lediglich der Bedarf an Anwohnerparkplätzen gedeckt ist. Allen anderen Verkehrsteilnehmern ist das Parken in diesen Flächen nicht gestattet. Lediglich die Parkhäuser sollen als Parkmöglichkeiten für Nicht-Anwohner bestehen bleiben.
2. die gewonnen Flächen entweder genutzt werden, um neue Fahrradwege anzubringen oder Bepflanzungen durchzuführen.
3. die Gebühr für nicht ordnungsgemäßes Parken in dieser Zone im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten und der Verhältnismäßigkeit spürbar angehoben wird.

## **Beschluss Nr. 0081**

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass

1. im Verkehrsraum, der abgegrenzt wird von Wilhelmstraße, Kaiser-Friedrich-Ring, Bahnhofstraße, Bismarckring, Drudenstraße, Emser Straße, Coulinstraße, Saalgasse und Taunusstraße einschließlich dieser Straßen Parkräume massiv reduziert werden, sodass lediglich der Bedarf an Anwohnerparkplätzen gedeckt ist. Allen anderen Verkehrsteilnehmern ist das Parken in diesen Flächen nicht gestattet. Lediglich die Parkhäuser sollen als Parkmöglichkeiten für Nicht-Anwohner bestehen bleiben.
2. die gewonnen Flächen langfristig genutzt werden, um neue Fahrradwege zu installieren oder Bepflanzungen durchzuführen.
3. die Gebühr für nicht ordnungsgemäßes Parken in dieser Zone im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten und der Verhältnismäßigkeit spürbar angehoben wird.

Wiesbaden, .2019

Gottwald  
Vorsitzender